

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Redaktion Dresden.
Telegraph: Sammelnummer 25 241
Kurz für Nachdruckpreis: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Bei möglichster Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275,-
Einzelnummer M. 12,- Sonntagsausgabe M. 15,-
Die heutige 12 mm breite Seite M. 2,- außerhalb Sachsen M. 3,- Sammeln-
anzeigen und Stempelgeld unter Weisheit jedem weiteren Arbeit M. 15,-
Vorlesungssätze laut Tarif. Auswärtsliche Aufträge gegen Verrechnung.

Veröffentlichung und Auslieferung:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "Epiph & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Nr. 1068 Dresden.

Wechselfür nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. - Unverlangte Schriften werden nicht aufbewahrt.

Konditorei u. Café
Uhlich
STREHLENER STRASSE 3 2 MINUTEN VOM
HAUPTBAHNHOF
Hervorragendes Konditorei-Büfett

Hochdruckrohrleitungen
Eiserne Transportgefäße aller Art
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher: 18351, 20461 und 26337

Leinenhaus F. A. Horn Ferdinandstr. 3
Dauendecken — Steppdecken
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

Das Ergebnis der Landtagswahlen.

Gewählt sind nach den bisherigen Ergebnissen:

Deutschnational. Volkspartei: 19 Abgeordnete,
Deutsche Volkspartei: 18 „
Demokratische Partei: 8 „

Sozialdemokrat. Partei: 41 Abgeordnete,
Kommunistische Partei: 10 „

Zentrum, Wirtschaftspartei und Deutschsoz. Partei erhalten keinen Sitz.

Deutschnationale Volkspartei.

Dresden.

1. Hofmann, Johannes, Fabrikdirektor, Dresden-Blasewitz.
2. Schmidt, Edwin, Oekonomierat, Freiberg.
3. Strelzmar, Otto, Dr. med., Sanitätsrat, Dresden-N.
4. Hünig, Hugo, Bäckerobermeister, Dresden-N.
5. Schreiber, Max Oskar, Gutsbesitzer, Mischwitz bei Meißen.
6. Büttmann, Miss, Frau, Dresden-Pöschwitz.
7. Böller, Otto, Kaufmann, Dresden-N.

Leipzig.

1. Gündel, Johannes, Reichsgerichtsrat, Leipzig, Mozartstraße 17.
2. Pogeniecker, Alexander, Altergußmeister, Steinbach.
3. Berg, Emil, Syndikus, Leipzig.
4. Hammelsberg, Erich, Kreisbaurat, Wurzen.
5. Börner, Robert, Postinspektor, Leipzig-Gohlis.

Chemnitz.

1. Beutler, Moritz, Justizrat, Chemnitz.
2. Oberle, Christian, Dr., Vorsitzender des Reichsdeutschen Mittelstanderverbandes, Dresden.
3. Reithold, Arno, Gutsbesitzer, Gemeindevorstand, Zittau.
4. Bauer, Robert, Gutsbesitzer, Wiedersdorf.
5. Edelst, August, Dr.-Ing., Bergdirektor a. D., Geschäftsführer des Bergbauvereins, Zwönitz.
6. Siegert, Johannes, Professor und Oberstudientrat an der Oberrealschule, Chemnitz.
7. Gaula, Ludwig, Kaufmann und Stadtverordneter, Zwönitz.

Deutsche Volkspartei.

Dresden.

1. Möller, Bernhard, Oberbürgermeister, Dresden-N.
2. Käuer, Dr. Arno, Rechtsanwalt, Dresden-N.
3. Schneider, Dr. Rudolf, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dresden-N.
4. Herwig, Karl, Dr. Toris, Studienrat, Dresden-N.
5. Goethold, Gotthold, Finanzdirektor i. R., Dresden-N.
6. Beck, Alfred, Kaufmann, Herrnhut, S. Ca.

Leipzig.

1. Küller, Wilhelm, Reichsamtmann, Leipzig.
2. Möller, Arthur, Fortbildungsschuldirektor, Leipzig-Sellerhausen.
3. Niedammer, Dr. Konrad, Fabrikbesitzer, Kriebstein bei Waldheim.
4. Schillmann, Walter, Eisenbahninspektor, Leipzig.
5. Lippe, Walter, Diplomingenieur, Borna.
6. Oldmann, Professor Hugo, Leipzig-Connewitz.

Chemnitz.

1. Hößlmann, Dr. Johannes, Oberbürgermeister, Chemnitz.
2. Schmidt, Heinrich, Geschäftsinhaber, Plauen i. V.
3. Meinel-Tannenberg, Edmund, Geh. Kommerzienrat, Tannenbergthal, Post Jägersgrün.
4. Hermann, Prof. Dr. Kraus, Studienrat, Werda.
5. Voigt, Hermann, Verbandsbeamtsführer, Dresden-N.
6. Mühlke, Hinrich, Oberobermeister, Chemnitz.

Deutsche Demokratische Partei.

Dresden.

1. Dahne, Julius, Dr., Ministerialdirektor im Arbeitsministerium, Dresden-N.
2. Reißner, Hermann, Sandius, Professor Dr., Geschäftsführer des Vorstandes der sächsischen Einzelhandelsgemeinschaft, Dresden-N.
3. Wehrmann, Karl Oskar, Pfarrer, Kunstsgeistlicher, Groß-Schwedtitz b. Löbau.

Leipzig.

1. Reinhold, Peter, Dr., Finanzamtmann a. D., Leipzig.
2. Claus, Bernhard, Oberlehrer, Leipzig-Vindenau.

Abgegeben wurden in den 3 Wahlkreisen folgende Stimmen:

| | Deut. Op. | Deutsche Op. | Demokr. P. | Wirtsch.-P. | Deutschsoz. P. | Zentrums-P. | Ver. Sozd. P. | Kommun. P. |
|-----------------|-----------|--------------|------------|-------------|----------------|-------------|---------------|------------|
| I. Dresden . | 190 464 | 162 279 | 81 941 | 5 201 | 10 200 | 15 730 | 419 127 | 51 556 |
| II. Leipzig . | 132 839 | 153 304 | 57 491 | — | — | 3 556 | 265 537 | 83 329 |
| III. Chemnitz . | 167 070 | 158 901 | 74 758 | — | 1 161 | 3 002 | 374 475 | 131 870 |
| Insgesamt: | 490 373 | 474 484 | 214 190 | 5 201 | 11 361 | 22 288 | 1 059 139 | 266 755 |

Im alten Gleis.

Das nunmehr zu übersehende Gesamtergebnis der sächsischen Landtagswahl erhebt vom Standpunkt einer ehrlichen bürgerlichen Politik — und nur eine solche kann zukünftiger und werbekräftig sein — eine offene und ungeschminkte Antwort auf zwei Fragen: 1. Ist das Wahlergebnis so ausgefallen, dass es die über jeden Zweifel erhaben bürgerliche Höchstleistung darstellt, die nach Lage der Sache überhaupt zu erwarten war? 2. Ist der Zweck des Wahlkampfes, die Befreiung des sächsischen Landes und Volkes von der Herrschaft der sozialistischen Zweistimmenmehrheit und die Schaffung einer neuen mit einem starken bürgerlichen Einfluss versehenen Regierung, erreicht worden? Es hat keinen Zweck, Vogelschaupolitik zu treiben und den Kopf in den Sand zu stecken. Die bürgerliche Sache steht denn doch immer noch auf festem kulturellem, nationalem, geistig-sittlichem und wirtschaftlichem Grunde, als das dem jeweiligen bürgerlichen Interesse dienlich ist. Es gilt dann, den Tatsachen gerade ins Gesicht zu sehen, Ungünstiges ruhig anzustellen und aus der Verbindung der Ursachen die entsprechenden Lehren zu ziehen. Tritt man so der Landtagswahl gegenüber, so kommt man um die Notwendigkeit nicht herum, die beiden obengestellten Fragen zu verneinen. Das ist tief bedauerlich, aber nicht zu ändern. Schon am Vorabend der Wahl war an dieser Stelle erklärt worden, dass nur die bürgerliche Höchstleistung inwände sein würde, wenn die Forderungen der Stunde voll gerecht zu werden. Ein solches Höchstmaß von Anspannung aller bürgerlichen Energien ist aber nicht in Erscheinung getreten, wie die unter so trübslichen Umständen erreichte Wahlbeteiligung von nur 80 v. H. im Durchschnitt beweist. Dieser Mangel an Anteilnahme aus bürgerlicher Seite hat zur Folge gehabt, dass das bereits 1920 vorhanden gewesene sozialistische Stimmenübergewicht in der Gesamtzählung sich noch weiter zu bürgerlichen Unannehmen verschoben hat. 1920 wurden insgesamt abgegeben 1 020 370 bürgerliche Stimmen und 1 031 080 sozialistische. Bei dem diesmaligen Wahlgange stehen dagegen rund 1 825 800 sozialistische etwa 1 230 000 bürgerlichen Stimmen gegenüber; der Unterschied zwischen den Stimmen der beiden Parteien hat also von rund 30 000 auf über 60 000 erweitert. Auf solcher Grundlage kann die Zweistimmenmehrheit nicht gebrochen, kann die bürgerliche Teilnahme an der Regierung nicht, wie es sein sollte, fest verwirklicht werden. Vielmehr wird die Zusammenfassung des neuen Landes derartig sein, dass die bürgerlichen Parteien, sofern nicht durch die endgültige amtliche Feststellung des Wahlergebnisses noch hier und da eine Verschiebung im einzelnen eintritt, zwei Sitze an die Sozialdemokratie abgeben und zwar einen von den Deutschnationalen und einen vom Zentrum, während im übrigen alles beim alten bleibt. Es entfallen nämlich auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 41 Sitze gegen früher 40 auf Grund von 1 030 120 Stimmen, auf die Kommunisten 10 Sitze gegen früher 9 auf Grund von 266 755 Stimmen, auf die Deutschenationalen 19 Sitze gegen früher 20 auf Grund von 400 273 Stimmen, auf die Deutsche Volkspartei 18 Sitze, wie früher, auf Grund von 474 484 Stimmen und auf die Demokraten 8 Sitze, wie früher, auf Grund von 214 190 Stimmen. Zentrum, Wirtschaftspartei und Deutschföglare fallen ganz aus. Diese neue Mandatsverteilung bedeutet, dass die Zweistimmenmehrheit der sozialistischen Linken von 49 auf 51 Stimmen sich erhöht, während die bürgerliche Minderheit um zwei Mandate kleiner wird, also auf 45 zurückgeht. Die Spannung beträgt demnach sechs Stimmen. Die Gefahr dieser neuen Konstellation liegt auf der Hand. Sie besteht darin, dass die Kommunisten sich künftig noch mehr als bisher als die Herren der Lage fühlen und ihre aufs neue gefestigte Stellung um so rücksichtsloser auszuüben werden, indem sie sich jeder der Regierung erweisen. Siebedienst durch radikale Zugehörigkeit teurer bezahlen lassen. Selbst giebt den günstigsten Fall, dass das endgültige Ergebnis noch in etwas die Mandatsverteilung zu bürgerlichen Gunsten beeinflussen sollte, so ist doch Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheitsbildung ausgeschlossen. Für den sächsischen Staatsmechanismus, der bisher schon mit so viel Sand im Getriebe hat arbeiten müssen, wird also der neue Landtag keine Erfreuliche bringen. Das überaus empfindliche Radierwerk unseres Staatswesens, das schon unter normalen Verhältnissen wegen der starken Industrialisierung des Landes nur mit groben Hemmungen arbeiten kann, wird in gesteigertem Maße dichten und knirschen und es wird einer noblen menschlichen Wahrnehmung bedürfen, um es überhaupt in Gang zu erhalten.

Es lädt sich leider nicht leugnen: die bürgerlichen sächsischen Wähler haben aus den bitteren Erfahrungen seit

Am November 1920 nicht in dem wünschenswertesten Maße die im Interesse des ganzen notwendigen Feiern und Feierungen gegangen und den Kampf gegen den Vorkriegsfaschismus nicht mit dem erforderlichen zügigsten Einfluss aller verfügbaren Kräfte geführt. Angefischt der enorm harten Wahlkreis ist, die von den Gewerkschaften geübt wurde, hätte das Schlepperwesen, das Erzähler der Südmärkte zur Wahl von bürgerlicher Seite ebenfalls in großzügiger Weise organisiert werden müssen. So haben die Sozialisten durch ihre ins kleinste ausgebauten Wahlorganisation, in der sie ja Meister sind, von vornherein einen Vortprung erobert. Der Anfang, der den Kommunisten in den Stich gesetzt ist — in Dresden-Vahrenm. beträgt er neben das Verluste der 1920er Stimmen —, erklärt sich zum Teil offenbar aus der wirtschaftlichen Not, die das politische Urteil in manchen Bevölkerungssteilen trifft und sie Hilfe dort erwarten lässt, wo die agitatorisch schärfsten, von kleinen sozialen Gedanken lebenden anerkannten Anklagen gegen Gott und alle Welt erhoben und die höchstdienstlichen Vertriebungen ins Blaue hinein gegangen werden. Besonders auffällig ist der verhältnismäßig große Einfluss, den die Sozialdemokratie auf dem Lande ausübt, trotz der landwirtschaftlich indirekten Agitation ihrer großstädtischen Presse. Das führt auf die Vermutung, dass auf dem kleinen Lande unter dem kleinen bäuerlichen Bettlwohl eine andere Art der Propaganda betrieben werden könnte, indem man im Verkehr von Berlin zu Berlin die von der Sozialdemokratie erstreute Abschaffung des Privat Eigentums ablehnt. Das doch auch Kautio in einer seiner Schriften direkt ausgedrohen, die die Sozialdemokratie dem kleinen bäuerlichen Bettlwohl die Behaltung des Privat Eigentums an den Produktionsmitteln anzusehen könne, ohne mit dem „Trotz“ im weiteren Sinne in Widerklang zu geraten. Möglicher, dass bei manchen dieser kleinen Eigentümlichkeit bei der sozialdemokratischen Stimmabgabe auch die Angst vor Fortschritts gewichtiger dem Terror bei Unruhen, die nördlicherweise im Winter sich ereignen könnten, mitgeprägt haben mag.

Es steht sich ja nun auch bei der neuen Zusammenfassung des Landtags, selbst wenn sie lediglich eine noch verschlechterte Auslastung des alten darstellt, immer noch eine Regierung und Parlamentsabsicht denken, die sich die Herstellung eines ganz im allgemeinen Wohlstand unterstellenden arbeitenden Volksgemeinschaft zum Ziel setzt. Dazu würde aber auf Seiten der Sozialdemokratie die lose Vereinigung geboren, auf den Afrikakontinent zu verzichten und dem bürgerlichen Element das ihm nach seinem wirtschaftlichen und sozialen Einfluss gehörende Mitschlüsselungsrecht auf der Leitung der staatlichen Geschäfte und der Bekämpfung der Fehlregierung rückhaltslos zu genehmigen. Nach den seit 1920 in dieser Hinsicht genommenen Erfahrungen wird man aber an eine solche Wendung nicht eher glauben können, als bis man sie schwarz auf weiß bestellt. Der Ausblick in die nächste Zukunft unseres Staates ist also nichts weniger als rosig, und es wird eines wachstumsfördernden Vertrags der bürgerlichen Politiker bedürfen, um die bürgerlichen Gemeinschaftsinteressen unter selben Umständen mit dem geschäftlichen Erfolge zu wahren. Vor allem wird dann die Fortdauer eines an den Einzelvereinen der bürgerlichen Parteien untereinander voneinander sein, wie es sich seit 1920 in steigendem Maße herausbildet hat und auch im Wahlkampf als erschreckliche Regel beobachtet worden ist. Die bürgerlichen Parteien des neuen Landtags müssen nun durch eine kluge und geschickte Politik nach besten Kräften weit zu machen suchen, was ein Teil der bürgerlichen Wähler durch Naivheit verklärt hat. Man würde diesen Elementen obrigkeitlich auf unanständigkeitsmäßigkeiten Gleichberechtigung gegen die öffentlichen Interessen zurückführen wollen. Viele sind an sich gute Patrioten, aber verbittert und verrostet, verlärmert und abgestimmt durch die endlose Not. So kommt manche von ihnen dazu, im Bewusstsein ihrer völligen Ohnmacht an der Möglichkeit einer Verbesserung überhaupt zu verzweifeln und sich auf den Standpunkt zu stellen, dass sie sich um den „Zugang Todes“ nicht mehr kümmern. Andere geben sich dem Wahnsinn, dass nie erst durch eine kommunistische Periode hindurch müsste, um wieder zu erträglichen Zuständen zu gelangen. Es wird schwer fallen, diese Verzagten zu einer fröhlichen Staatsbeziehung zurückzuführen. Ihr Schicksal aber muss alle bürgerlichen Parteien eine ernste Mahnung sein, allen bürgerlichen Brüder in diesen schweren Zeiten zu helfen zu lassen und bei der Fortsetzung der gemeinsamen bürgerlichen Interessen das Gefühl ihrer vereinten Kräfte in die Wege zu werken. Wollen die bürgerlichen Parteien insgesamt ihre schwere Stellung festigen, indem sie sich das heutige Wort vom Gemeinsinn zur Richtigkeit zunehmen: „Da diesem Sinn habe ich mich angeeignet, — Das ist der Arbeit leichter Schluss. — Nur der verdient sich Freiheit und das Leben. — Wer tödlich sie erobern muss.“

Die Wiedervermählung des Kaisers.

Amsterdam, 5. Nov. Heute mittags wurde in Doorn die Vermählung des ehemaligen deutschen Kaisers mit der Prinzessin Hermine von Schönburg-Carola, geborenen Prinzessin Neuh. vollzogen. (MTV.)

Amsterdam, 6. Nov. Über die Vermählung gesetzlicherkeiten am Hause Doorn meldet die Niederländische Tel. Agentur: Nach dem Trubstück wurden um 11½ Uhr vormittags vor dem Notar Groot in Gegenwart des früheren Kaisers und der Prinzessin Hermine die Verlobten mit den Heiratsbedingungen verlesen. Der Kaiser trug kleine Kleidungsstücke mit Hut. Das Brautpaar bezog sich darauf in den anderen Flügel des Schlosses, wo die Trauzeugen versammelt waren. Der Kaiser stellte den Anwesenden die Prinzessin vor. Hierauf verkündete der Bürgermeister von Doorn in deutscher Sprache, es beständen keine Hindernisse für den Vollzug der Eheschließung, worauf er die entsprechenden Stellen des holländischen Rechts verlas. Als dem Kaiser und der Prinzessin dann die üblichen Fragen gestellt wurden, antworteten beide mit Ja. Danach sprach der Bürgermeister erst in deutscher, dann in niederländischer Sprache die geistliche Eheschließungsformel. Nach Unterzeichnung der Heiratsurkunde durch das Brautpaar und die Trauzeugen begaben sie sich mit den Gästen in das Festbüll des Schlosses zur feierlichen Einleitung. Nach einem einstimmigen Pledge vollzog der Hochzeitsprediger Dr. Vogel die Trauung. Nachdem die beiden Neuvermählten den Segen des Geistlichen empfangen hatten, begaben sie sich in ein mit Blumen reich geschmücktes Nebenzimmer, wo sie die Glückwünsche der Gäste entgegennahmen. (W. T. V.)

Der Altar, an dem die Trauung vollzogen wurde, kommt aus dem neuen Palais. Auf ihm lag eine alte Bibel aus Palestine, deren Deckel aus Niederschwedisch gefertigt ist. Am Hintergrund hing ein kostbarer Bettpostich, ein Geschenk seines Sohnes des Kaisers. Die Trauzeugen lagen auf einem goldenen Teller aus der Zeit Friedrich des Großen. Bei dem neuvermählten Paar sind vorzügliche Geschenke eingetroffen. So eine besonders wertvolle Spule von der Gräfin Sonnenburg und eine Blumenspende der Königin der Niederlande. Auch ein einfacher Tannenbaum befindet sich unter ihnen, den ein thüringischer Bauer geschnitten hat.

Die Teamenbesoldung im Reichstag.

Berlin, 6. Nov. Der Reichstag nahm heute nebst anderen Wiedergenössen den 6. Nachtragsetat zum Reichsbudschalt für das Rechnungsjahr 1922 an, durch den die Teuerungsauschüsse für die Beamten um weitere 30 bis 50 Prozent erhöht werden. Weiter nahm der Reichsrat von der Regierung aufgestellte Grundsätze für die Gewährung örtlicher Sonderauschüsse für besonders teure Orte an. Die Teuerungsauschüsse sollen 10 Prozent des Grundgehalts betragen, während die besondere Wirtschaftsbefreiung fortfällt. Alle besonders teure Orte, die für diesen Ausfall in Frage kommen, werden in der Vorlage genannt insbesondere die großen Industriezentren des Rheinlandes und Württemberg, ferner Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Mannheim, Bamberg und Berlin.

Die Antwort auf die deutschen Reparationsvorschläge.

Abnehmende Haltung der Pariser Presse. — Französische Meldungen über einen Gegenseitigkeit Wirth-Hermes.

Keine geeignete Verhandlungsgrundlage?

Berlin, 6. Nov. Wie wir hören, ist der Reichstag einzuholen, eben eine förmliche Antwort der Reparationskommission auf die gestern überreichten deutschen Vorschläge angenommen. Die Bildungsberatung wird abwärts zu der Nationale Sitzung schreiten. (W. T. V.)

Paris, 6. Nov. Nach den letzten Informationen, die am Dienstag Abend ausgetragen wurden, scheint es, dass die Reparationskommission bereit ist am Donnerstag abend nach Paris in dem Sinne berichtet hat, dass die deutsche Vorschläge nicht geeignet sind, die Gewartungen zu erfüllen und dass sie kaum eine annehmbare Grundlage zu weiteren Verhandlungen bieten würden.

Der Inhalt der Vorschläge.

Berlin, 6. Nov. Die Veröffentlichungen der deutschen Vorschläge soll erst morgen, und zwar gleichzeitig in Berlin und Paris, erfolgen. Die „Woch. Ztg.“ ist bereit, in der Lage, über den Inhalt folgende Angaben zu machen: Im wesentlichen wird in Übereinstimmung mit dem Inhalt der Denkschriften ausgeführt, dass eine Stabilisierung der deutschen Währung in der Haupthand abhängt davon ist, dass die Reparationsverpflichtungen Deutschlands auf ein tragbares Maß herabgesetzt werden. Das sei bisher nicht gelungen. Trotzdem sei die deutsche Regierung bemüht, eine Stabilisierung der Mark zu erreichen. Das sei aber nur mit Hilfe einer Auslandsanleihe möglich.

Die Reichsregierung hält der Kommission vor, sich mit einem internationalem Finanzkonsortium in Verbindung zu setzen, dass gemeinsam mit der Deutschen Reichsbank eine internationale Anteile in der Höhe von 300 Millionen Goldmark anstreben soll, zum Zwecke der Stabilisierung der deutschen Währung.

Hierin wäre also zum ersten Male ausgedrohten, dass die Reichsbank einzigen der bisherigen ablehnenden Haltung des Reichsbankpräsidenten Roemerin bereit ist, mit einem Teile ihres Goldbestandes und in Verbindung mit der internationale Finanzkonzert in der Stützungsdaktion für die Mark sich zu beteiligen. „Wiederholter Vorschlag“ enthält die Note nicht. Sie hätte nach der Aufstellung der deutschen Regierung, wonach mit Aussicht auf einen endgültigen Entwurf eine Stabilisierungsaktion nur eingerichtet werden könnte, wenn die Reparationslasten auf ein erräßliches Maß herabgesetzt werden und wenn Deutschland sich zu dem Zeitpunkt, wo es sein Budget in Ordnung gebracht hat und überzeugt ist, dass es kein Bedarf in Bezug auf Gewölbung eines mehrjährigen Vorratsraums enthalten müssen. Seitens der Reparationskommission ist aber deutlich genau darauf hingewiesen worden, dass sie die Frage eines Moratoriums während der Berliner Verhandlungen nicht angeschaut, kann möchte. Die Möglichkeit liegt nah, dass wann die deutsche Regierung trotzdem einen Anteil auf ein mehrjähriges Moratorium ansetzt hätte, darunter auch die Verhandlungen über die Stabilisierung der Mark ungünstig beeinflusst worden wären.

Der Grund, den die deutsche Note bei der Reparationskommission hervorgerufen hat, ist Pariser Nachrichten aufgegangen.

Gibt die heutige Pariser Presse die Auffassung der Kommission wieder, dann hat die Kommission die Absicht, über den Vorschlag der deutschen Regierung in Berlin gar nicht weiter zu verhandeln. Was vor der Kommission gegen den deutschen Vorschlag eingewendet wird, ist ancheinend folgendes: Die Reparationskommission ist nach Berlin gekommen, um von der Deutschen Regierung Informationen darüber zu erhalten, auf welchem Wege Deutschland die Möglichkeiten gewinnen könnte, den Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Statt dessen habe die deutsche Regierung nur über die Möglichkeit einer Stabilisierung der Mark verhandelt. Der Vorschlag, dass sich die Reparationskommission von sich aus mit einem internationalem Finanzkonsortium in Verbindung setzen solle, um eine Anteile von 300 Millionen Goldmark für die Stützung der deutschen Mark zu erreichen, bedeutet, dass die Stützungsdaktion von den Schultern der deutschen Regierung abgenommen und auf die der Reparations-

Kommission nahestehenden Quellen kommt die Meldung, dass die Kommission ihre Absicht bereits auf Donnerstag festgestellt habe und dass sie bis dahin nur noch über Übereinstimmung von relativ unverordneter Bezeichnung mit der deutschen Regierung verhandeln will, morgen über die Kohäsionserklärungen und am Mittwoch über die Goldeinforderungen.

Die Pariser Presse über einen Gegenseitigkeit Wirth-Hermes.

Paris, 6. Nov. Die französische Presse verzerrt in anhaltender Übereinstimmung den angeblichen Aussang der Berliner Verhandlungen als Folge der Unzufriedenheit des Reichsbankpräsidenten, der die „aufrichtigen Verhandlungen“ bereitstellt habe. — Der Korrespondent des „Matin“ bemerkt: Gewisse Parteien hätten sogar gedurstet, dass die Reparationskommission positive Ergebnisse erzielt haben würde, wenn Hermès an Stelle von Wirth Reichsbankpräsident wäre. Der Korrespondent sagt hingegen: Anfang nächsten Woche würden die Abholer der Berliner Verhandlungen auf die innere Politik des Reiches in die Erhebung treten. — Der Berichterstatter des „Echos de Paris“ schreibt: Die Verhandlungen seien insofern nicht wertlos gewesen, als sie beweisen hätten, dass von dem Kabinett Wirth nicht zu erwarten sei.

Der Berichterstatter des „Orient“ verzerrt: Der Nichterfolg der Verhandlungen erkläre sich dadurch, dass das Kabinett Wirth nicht mehr die offizielle Meinung Deutschlands hinter sich habe und wegen seiner Übarmacht nicht in der Lage sei, Entgegenkommen zu zeigen.

Berlin, 6. Nov. Die „Woch. Ztg.“ bemerkt zu den Neuholungen der Pariser Presse u. a.: Es ist leider richtig, dass die Mitglieder der verschiedenen ausländischen Kommissionen in Deutschland und auch die hierher geladenen ausländischen Sachverständigen über die Gegenhälfte und Intrigen der verschiedensten Regierungsstellen besser unterrichtet sind, als das deutsche Volk selbst und es unterliegt gar keinen Zweifel, dass von gewissen Seiten die Ausländer nach der Rückkehr informiert werden, dass der Reichsbankpräsident sein Vertrauen mehr in Landesgenossen und dass Hermès der wichtigste Reichsbankpräsident wäre, um die Stellung Deutschlands an den Reparationsfragen entgegenzustellen und praktisch bedeutsamer zu gehalten. Dagegen hält es das Blatt doch wohl für ausgeschlossen, dass wirklich irgendwelche namhafte Vertreter der Industrie oder der Deutschen Börsepartei französische Korrespondenten oder Mitglieder der Reparationskommission gelöst haben könnten, es handelt ein bestimmter Reparationsplan, der nur jetzt nicht vorgebracht werde, weil man dem Kabinett Wirth keine Stellung nicht erleichtern wollte. Es ist, sagt das Blatt, allerdings zwecklos, weiter zu verheimlichen, dass schon jetzt vermummt seit zwischen dem Reichsbankpräsidenten und dem Finanzminister schwierige Differenzen bestehen, die einem einheitlichen Zusammenarbeiten des Kabinetts nicht gerade förderlich sind. Diese Differenzen haben sich bis zu einem Grad zu verschärfen, dass es sehr schwer erscheint, sie wieder auszugleichen.

Auslandsjochverständige und Reparationskommission.

Berlin, 6. Nov. Die Mitglieder der Sachverständigenkonferenz und die Mitglieder der Reparationskommission folgten gestern einer Einladung in ein Privathaus, um dort durch persönliche Nachahmungnahme ihre Gedanken austauschen. Auch der amerikanische Botschafter Vanden war mit seinem Stellvertreter, dem Obersten Logan, erschienen. Als deutsche Teilnehmer der ungezwungenen Konferenz bemerkte man u. a. den Führer der Industrie Friedrich Siemens und Felix Deutz, den Präsidenten des Kartellzentrums Clemow, den Finanzminister Hermann, das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Dr. Hilferding und den Abgeordneten Breitscheid. Der englische Botschafter war ebenfalls erschienen. Zu ungewöhnlicher Aufdrucke bildeten sich Gruppen mit den Mitgliedern der Reparationskommission, deren dauernder Vertreter in Berlin Professor Pouquin ebenso anwesend war. Die großen Probleme der Stabilisierung der Mark und die Frage einer Anteile wurden erörtert, wobei der ebenfalls anwesende Leiter der Deutschen Bank, v. Gwinner, beiden Richtungen der Kommissionsmitglieder reichen Konsensus geben konnte.

Der Reparationsunstimm in der französischen Kammer.

Abg. Blum über die verkehrte Reparationspolitik Poincarés.

Paris, 6. Nov. In der seitigen Kammerrede wurde die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt. Am Ende der Erörterungen ergriß der Sozialistfürst Abg. Blum das Wort. Er sagte, man habe gezahlt, wenn Poincaré die Regierungswahl übernahmen würde, wenn Louis George in London nicht mehr den schlechten Willen Deutschlands erzeugen würde, würde sich die Lage verbessern ändern. Diese beiden Ereignisse seien nun eingetreten, aber welche Wende habe man in bezug auf die Reparationsfragen erwartet? Als Poincaré Ministerpräsident geworden sei, habe er sich gezwungen gesehen, seine kaum aufgeworfenen Reparationsmaßnahmen aufzugeben. Man wisse auch, dass er nach London einen Plan, der eine Herabsetzung der deutschen Schuld durch Kompensationen, die man Frankreich gewähren solle, mitgenommen habe.

Ministerpräsident Poincaré ruft dazwischen: Herauslösung der deutschen Schulden wohl, aber nicht der Reparationszeitungen der französischen Parteien!

Der Abgeordnete Blum geht auf die Psychologie der Menschen des Friedensvertrages von Versailles ein. Er sei davon überzeugt, dass die alliierten Unterhändler gegenseitig hätten, die Produktion und der Verbrauch der Welt würden steigen, und alles, was während des Krieges zerstört wurde, sei zu erneut. Man habe sich eingebildet, Deutschland werde für Milliarden von Mark exportieren, und die Mark würde rasch sinken. Alle Welt muss selbst die alliierten Regierungen hoffen auf die Haushalte der Mark gesetzen. Sie hätten Milliarden von Mark behalten. Poincaré ruft dagegen: Wohl die Reparationskommission? — worauf Abgeordneter Blum erwidert, als handle sich also eine wichtige Frage aus.

Ministerpräsident Poincaré schlägt sich den Verhandlungen an, die jüngst auf der Kammertribune der Abg. Heynau aus der liegenden Verteilung des Reichslandes gezeigt hat. Deutschland geht dem industriellen und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen. Selbst England leide unter der Wirtschaftskrisis.

Deutschland habe Arbeiter und trotzdem zeige es die Symptome eines finanziellen und industriellen Zusammenbruchs. Das Goldanhaben, das ins Ausland geschafft worden sei, hätte sich in der letzten Zeit infolge der Einflüsse vermindert. Es gäbe aber ein internationales Gefecht, das diese Vorgänge aufzuhalten kann. In die Möglichkeit einer Verhandlung der deutschen Industrie glaubt der Abg. Blum festzuhalten; aber er verriet den Standpunkt, dass man weiter auf Goldzahllungen nach Export von Naturstoffen rechnen könne. Wenn die tatsächlichen Erfolge entsprechen würden.

Die Vorbereitungen zur Brüsseler Konferenz

Brüssel a. M. 6. Nov. Die Vorbereitungen für die Konferenz in Brüssel scheinen nunmehr vorläufige Gestalt anzunehmen. Im Einvernehmen mit Paris hatte die belgische Regierung bereits Anfang Oktober eine Initiative in dieser Richtung unternommen. Sie war jedoch an der passiven Haltung der damaligen englischen Regierung gescheitert, die auf die belgische Demarche überhaupt nicht geantwortet hat. Kurz nach dem Kabinettwechsel in London hat die belgische Regierung ihre Bemühungen wieder aufgenommen; diesmal mit bessrem Erfolg. Lord Curzon hat gestern in Paris wissen lassen, die englische Regierung sei in Anbetracht der allgemeinen politischen Lage und angesichts der finanziellen Katastrophe in Deutschland bereit, im Dezember an einer internationalen Konferenz nach Regelung der Reparationsfrage teilzunehmen. Französische Blätter wollen wissen, dass der Konferenz zu der alle Bündnispartner Deutschlands eingeladen werden sollen, eine Auskunftsreise der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands, Belgien und Italiens vorzugeben soll.

Die Verleinerung der Reaktionsschwäche.

Berlin, 6. Nov. Die vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsbank bezahlt für die Lebenshaltungskosten, Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Kleidung ist im Durchschnitt des Monats Oktober auf 22 000 gegen 13 819 im September gestiegen. Die Steigerung beträgt 65,7 Prozent. Obwohl die Kleidungsaufwendungen die geringste sind, stellt sich die Reichsindexziffer aus 1913, was eine Steigerung von 71,4 Prozent gegenüber der entsprechenden Ziffer des September von 11 378 bedeutet. Die Kleidungsaufwendungen haben sich somit nach den vorausgegangenen außerordentlichen Steigerungen seit September nicht in gleich starkem Maße vermehrt, wie die übrigen Lebensbedürfnisse. Die Reichsindexziffer für Kleidungsaufwendungen allein ist um 48,7 Prozent auf 26 023 gestiegen. Neben diesen Monatsdurchschnittsziffern ist noch eine Ziffer aus 1911 für das Ende des Monats eine Indexziffer der gesamten Lebensbedürfnisse veranlaßt, die durch den Berichterstatter des „Orient“ für den 25. Oktober berechnet worden. Danach ergibt sich für das Ende des Monats eine Indexziffer der gesamten Lebenshaltungskosten von 21 702 oder eine Steigerung auf das 127,3-fache des Vorkriegsstandes. (W. T. V.)

Der Fall des belgischen Franken.

Berlin, 6. Nov. Die Blätter melden aus Brüssel: Der Fall des belgischen Franken, der durch den unheiligen Sturz der deutschen Mark verursacht worden war, hat die belgischen Geschäftsführer veranlaßt, in den letzten Tagen grobe Angriffsläufe in Dollar vorzunehmen.

Dollar (Amtlich): 6424

Im Freiemarkt abends 6 Uhr: 6975

Der Siegeszug der Kemalisten nach Stambul.

Blutige Unruhen in Konstantinopel.

Insammenföhe zwischen Türken und Engländern.

Gesetzlicher Berichterstatter der "Dresden Nachrichten".

Paris, 6. Nov. Über Unruhen in Konstantinopel, die zu blutigen Zusammenstichen zwischen englischen Soldaten und der Bevölkerung geführt haben, meldet der Sonderberichterstatter des "New York Herald" in Konstantinopel: Die Heilige der Bevölkerung der Stadt durch die Regierung von Angora hat am Sonnabend eine riesige Menge nach Stambul gesetzt, wo sich zahlreiche Unzüchtige bildeten. Diese durchzogen mit Radeln, Gesang und Feindengeschrei die Stadt. Auch Neuerwerb wurde abschraubt. Die Menge war auf dem Platz vor der Hagia Sophia, die nur durch eine 100 Meter breite Straße von der Brücke von Stambul getrennt ist, besonders dicht. Hier formte sich ein Zug, der in Galata und Pera demonstrierten wollte. Am Brückentorflügel Galata blockte dieser Zug auf eine englische Patrouille. Der Offizier, der diese führte, stach sich selbst, und ließ schließen, um die Menge zu zerstreuen. Aus der Menge wurde mit Steinen geantwortet. Dabei wurde ein englischer Polizist getötet und zwei verwundet, während fünf oder sechs Türken durch das Feuer der Patrouille getötet wurden.

Angora lehnt die weitere interalliierte Besetzung Konstantinopels ab.

Paris, 6. Nov. Das Bericht aus Konstantinopel: Der Vertreter von Angora hat gestern eine Verbotsnote überreicht, die die weitere interalliierte militärische Besetzung der Stadt als unnötig und unmöglich bezeichnet, da die Verwaltung Konstantinopels nunmehr von der Regierung von Angora durchgeführt wird. (W. T. B.)

Kategorische Ablehnung der alliierten Oberkommissare.

London, 6. Nov. Neuer Bericht aus Konstantinopel: Die Oberkommissare der Alliierten haben der Regierung von Angora mitgeteilt, dass sie die Forderung nach Aussiedlung der alliierten militärischen Besetzung kategorisch ablehnen. (W. T. B.)

Die türkischen Friedensforderungen.

London, 6. Nov. Meuter meldet aus Konstantinopel: Die Nationalversammlung von Angora hat Ahmed Pascha angewiesen, auf der Lausanner Konferenz folgende Punkte zu verlangen: 1. Die Grenzen der Türkei müssen mit dem nationalen Volk übereinkommen. 2. Griechenland muss eine Entschädigung zahlen. 3. Befreiung der Kapitulationen. 4. Neuordnung der Grenzen des Iraks und 5. vollständige Unabhängigkeit der Türkei von finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Kontrolle. (W. T. B.)

Türkische Gendarmerie in der neutralen Zone.

Paris, 6. Nov. Nach einer havas-Meldung aus Konstantinopel wird berichtet, dass die türkische Gendarmerie in die neutrale Zone von Tschakat eingeschritten sei. Diese Nachricht wird vom Botschafterstaat des "Petit Parisien" in Konstantinopel bestätigt. (W. T. B.)

Konstantinopel, 6. Nov. Nach einer hier verbreiteten Nachricht hat Nifed-Pascha verlangt, dass ihm gestattet werde,

in Tschakat, Gallipoli und an der osmanischen Küste vom Havas, türkische Befehle übergeben zu erhalten. (W. T. B.)

England hinter dem Sultan.

Paris, 6. Nov. Der Sonderberichterstatter des "Petit Parisien" meldet aus Konstantinopel vom 5. d. M. den Sultan weigerte sich, den Titel Kalla abzulegen. Die Ruhe und Einlichkeit, die er augenblicklich an den Tag legte, stimmte so wenig mit seinen Gewohnheiten überein, dass man sicher sein konnte, die Engländer hätten ihm keine Einigkeit gewährleistet. Der Sultan erklärte, dass er der Bekleidungen durch die Presse von Angora überdrückt sei und das Land verlassen wolle, um sich nach Indien aufzugeben, wo die Mohammedaner für ihn große Achtung hegten. Man begreife daher, warum die Kemalisten jetzt so darauf aus seien, Mohammed VI. seine Titel ablegen, bevor er das Land verlässt, da die Abreise des Sultans den Kemalisten große Verlegenheiten bringen würde. (W. T. B.)

Paris, 6. Nov. (havas.) Nach Konstantinopler Meldungen, die hier über Berg eingegangen sind, soll der Sultan den Verlust gemacht haben, die Stadt zu verlassen, woran er jedoch von der Bevölkerung verhindert worden sei soll. (W. T. B.)

London, 6. Nov. Nach einer Neuermeldung hat Nifed-Pascha den türkischen General aufgehoben. Die aliierten Generale hatten heute mit Nifed-Pascha eine Vereinbarung.

Moskauer Forderung auf uneingeschränkte Zustellung zur Konferenz von Lausanne.

Moskau, 6. Nov. Auf die Aussortierung der Regierung von Großbritannien, Frankreich und Italien zur Beteiligung an der Beratung der Friedensverträge auf der Lausanner Konferenz, antwortete das Kommissariat für Außenangelegenheiten, der "Rheinischen Telegraphen-Agentur" auf, in einer Note vom 2. d. M., die russische Regierung könne höchstens zustimmen, dass Russland nicht zu allen Arbeitern der Konferenz einzuladen werde. Die russische Regierung kann nicht an der Konferenz teilnehmen zu müssen, und zwar um so mehr für die volle Wiederherstellung der Souveränität der Türkei einsehen als eine Vorbereitung für eine stabile Regierung im nahen Osten, an der Russland unmittelbar interessiert sei. Sie besteht kategorisch auf voller und uneingeschränkter Teilnahme Russlands, der Ukraine und Georgiens an der Konferenz, und zwar mit denselben Rechten wie die übrigen Konferenzteilnehmer. Es seiverständlich, warum Bulgarien, der Nachbar des Türkei, auf der Konferenz fehlen sollte, während gleichzeitig nicht nur Südslawen und Rumänen, sondern auch das ferne Japan einzuladen sein sollten. Diese künftliche Auswahl unter den Konferenzteilnehmern erscheint der russischen Regierung als Versuch der teilnehmenden Mächte, die Nachfrage und den Umgang der Beteiligung jedes Staates willkürlich festzulegen. Der Beschluss, gerade Russland von der Teilnahme an der allgemeinen Regelung mit der Türkei auszuschließen, zeigt doch, dass die Gouvernements entschlossen seien, das türkische Volk um die Freiheit seiner Siege zu bringen. Die Note erwartet um baldige Antwort der Alliierten, um den russischen Vertretern das rechtzeitige Eintreffen zur Konferenz zu ermöglichen. (W. T. B.)

Graf Lerchenfeld über die Gründe seines Rücktritts.

München, 6. Nov. Graf Lerchenfeld hat in einem Brief an den Landesvorsteher der Bayerischen Volkspartei die Gründe seines Rücktrittes mitgeteilt. Graf Lerchenfeld schreibt: Meine Gründe liegen auf politischem Gebiete. Die schweren Zeiten der Lage können nur von einer Regierung gemeistert werden, deren Führung das uneingeschränkte Vertrauen in weltliche Schichten des Volkes besitzt. Ob diese Voraussetzung in hinreichendem Maße besteht, muss ich nach verschiedenen Erkenntnissen der letzten Zeit, deren Wurzeln bezeichnen. Den Zeitpunkt des Rücktritts habe ich so wählen zu sollen geglaubt, dass der Bandtag die neuen Gefangen mit einem neu gebildeten Ministerium durchführen kann.

Sächsische Pfarrerwissens mit 100 Ml. Pension.

Berlin, 6. Nov. Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde ein Antrag des sozialpolitischen Unterstandes auf Gewährung einer Milliarde Mark zur Unterstützung gemeinnütziger Instanzen genehmigt. Der deutschnationalen Abgeordnete August Mann wiegt darauf hin, dass Braunschweig, Thüringen und Sachsen den Artikel 17 der Reichsverfassung tatsächlich dahin aufgestellt habe, dass sie den Religionsgesellschaften außerordentlich dieselbe Staatsleistung wie früher gewähren, ohne die Geldentwertung Rechnung zu tragen. So gebe es Pfarrerwissen, die moralisch 100 Ml. erhielten. (W. T. B.)

Albert Köster.

Zum 60. Geburtstag.

Am 7. November vollendet der Professor für deutsche Literaturgeschichte an der Universität Leipzig Albert Köster sein 60. Lebensjahr. Niemand, der ihn kennt, wird ihn deshalb nur zu den Greisen rechnen wollen, und es will einem nicht in den Sinn, diesen Jugendlichen schon als Gelehrte zu sein. Aber dieser Tag bietet doch eine Gelegenheit, der Verdienste dankbar zu gedanken, die dieser kennenswerte und formstabile Führer durch die Leitung einer sozialen Richtigkeit und sozialen Verantwortung erworben hat.

Fest ein Bierlehrer hat Albert Köster den Lehrstuhl für deutsche Literaturgeschichte in Leipzig inne, nachdem er eine Reihe von Jahren vorher in Marburg seine Dogentenlaufbahn begonnen hatte. Leipzig hat ihn, der die Überlebenschancen Wilhelmi Scherers und Erich Schmidt auf eigene Weise bewahrt und weiterführte, festhalten können, obwohl man ihm 1912 den Lehrstuhl Jakob Minors in Wien entzog und obwohl man ihn im selben Jahre als würdigsten Nachfolger Erich Schmidt's nach Berlin rief.

Von vielen wird ein Hochschullehrer benannt nach der Zahl und dem Umfang der Bücher, die er geschrieben hat. Albert Köster hat nie besondere Schauhaftigkeit nach der Druckwärze gehabt. Er ist nicht eigentlich produktiv als Schriftsteller; er wirkt mehr durch sein gesprochenes Wort und durch unmittelbare Mitteilung. Manche sorgsame und richtunggebende Unterführung, die sich recht wohl an einem umfangreichen Buche hätte auswachsen können, hat er ohne Übergangs aufzunehmen direkt an einem knappen Absatz in einer Fachzeitschrift. Nach dem Abschluss seiner historischen Studien betrat er mit einem gehaltvollen Buche über "Schiller als Dramatiker" zum ersten Male das Gebiet der Literatur des ausgehenden 18. Jahrhunderts, das eins seiner bevorzugten Arbeitsfelder gehörte. Eine lange Reihe von größeren Aufsätzen und selbständige erschienenen Abhandlungen legt davon Zeugnis ab. In einem Buchlein über den "Dichter der gehörnten Venus" entdeckte er mit Glück den Schöpfer eines der frischesten Lyrikbändchen des 17. Jahrhunderts, das bisher unter falscher Flagge gelegt war.

Bedeutsamer ist Kösters Arbeit in der Herausgabe der Werke unserer großen Dichter, eine Arbeit, von deren Mühe und Verantwortung sich der Leiter keine Vorstellung machen kann und von der er auch nichts zu wissen braucht. Musterhaft sind die Bände der Totischen Bibliotheksausgabe von Goethes und der Edithausgabe von Schillers besondere Betonung seiner Darstellung Darbete und Zu-

Geistige Tat und Presseversall in Österreich.

Bur Stunde weilt der österreichische Pressechef, Redakteur Dr. Ludwig, in Berlin, um mit den maßgebenden deutschen Redakteuren sowie mit den Spartenorganisationen der deutschen Zeitungsverlagsinstitute und Journalisten eingehende Beratungen über geistige Ercheinungen zu pflegen, die sich der Entwicklung des österreichischen Zeitungswesens und den journalistischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich hindern und hemmen. In den Beratungen werden, wie zuletzt den Bildungswelt der Österreichischen Botschaft der österreichischen Zeitungen, deren Bedeutung infolge des Weltmarkts vollkommen unterschlagen ist. Einem breiten Raum wird in den Beratungen aus der Frage der Belieferung der österreichischen Zeitungen mit Notationspapier aus Deutschland einzuhören.

Die österreichische Presse steht gegenwärtig an einem kritischen Wendepunkt. Der Krieg und noch mehr der ihm folgende "Friede" hat das Zeitungswesen alten Stils auf schwerste bedroht. Das Nachdruckaufsatz des österreichischen Publizums ist seit der Kriegszeit nicht minder regt, wie das des deutschen. Über die sprudelnde Entwicklung des Pressepreises hat schließlich der Erwerb eines Zeitungsexemplars zu einer Aktion gemacht, die man sich wohl überlegt. Ein Exemplar einer Tageszeitung kostet zwischen 1200 und 1600 Kronen, das Schulzungsblatt sogar 4000 bis 10000 Kronen. Die einzige Schulzungsblatt kostet die fabulosen Entwicklung des Papierpreises, was um so mehr verwundern muss, als Österreich das Papier vollkommen im Inlande erzeugt und nachhaltige Exportüberschüsse erzielt. Während aber die meisten Fabrikate auch heute noch nicht die Goldparität erreicht, wenige sie überschritten haben, ist der Zeitungspapierpreis nahezu um 50 Prozent über die Goldparität des Papierpreises hinaus gestiegen. Es ist bemerkenswert, dass vor dem Kriege das Kilogramm Zeitungspapier in Österreich billiger war als in Deutschland (hier 21 Heller, in Deutschland 24 Heller, gleich 20 Pfennig), ein Beweis, dass Österreich gerade Papier billiger produzieren kann. In Deutschland ist das Papier 180 Mal (von 20 Pfennig auf 21 Heller auf 410 Kronen). Nach dem heutigen Stand der Markt ist der Preis des Zeitungsdruktpapiers in Deutschland etwa 2000 Kronen. Da, wie die Abschlüsse zeigen, die deutschen Papierfabrikanten mit grossem Nutzen arbeiten, ist es aber sicher ist, dass die Produktionsverhältnisse gerade in Österreich für die Herstellung von Papier günstiger sind als in Deutschland, so ist das Wirtschaftsverhältnis ganz unerträglich, wenn man die glänzende finanzielle Situation der österreichischen Papierfabrikanten mit dem schwierigen Wirtschaftskampf vergleicht, welchen die österreichischen Tageszeitungen ohne Ausnahme durchmachen.

Dieser Wirtschaftskampf wird mit steigender Erbitterung geführt. Das österreichische Papierfortress ist sehr gut organisiert. Aber auch die Zeitungsveteranen haben in der Vereinigung der deutsch-österreichischen Tageszeitungen ein gutes Kampfinstrument. Verlangt wird zunächst eine Anforderung von österreichischen Papier zum deutschen Auflandspreis, sodann der Bezug von 125 Wagons Notionspapier aus Deutschland. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

In diesem kritischen Stadium ist es doppelt wichtig, dass in Wien eine Reichsorganisation österreichischer Journalisten gebildet hat, die ein Gegenstück zum "Reichsverband der deutschen Presse" bilden will. Die Gründung erfolgte im historischen niederösterreichischen Landhaus. Sie ist vor allem dem österreichischen Journalisten einen materiellen Rückhalt schaffen. Die Lage des österreichischen Journalistenstandes ist keineswegs eine rohe; wenn auch durch den guten Verbandsorganisation die Geschäftsverhältnisse der Arbeiter bewegen — derzeit betragen die Journalisten ein bis drei Millionen Kronen —, so ist er doch durch die Einführung zahlreicher österreichischer Zeitungen von Nebelschwaden stark bedroht. Diese Einstellungen bestreiten insbesondere die politische Presse, und zwar in allen Tagen. Es ist charakteristisch, dass gerade die Parteizeitung "Neuzeit", "Arbeiter-Zeitung" und "Deutsche Tageszeitung" über seine Abendausgabe verfügen, während die neutrale Presse finanziell besser fundiert erscheint. Beweis dafür ist, dass trotz der allgemeinen traurigen Lage der österreichischen Presse in den letzten Tagen zwei neue Tageszeitungen in Wien das Licht der Welt erblicken, die "Autunit" und der "Tag". Aber gerade hierin liegt die Gelehrtheit für die österreichische Presse und damit für die öffentliche Meinung in Österreich und für Österreich selbst. Österreichisches Kapital geht heute daran, starken Einfluss auf das österreichische Zeitungswesen zu nehmen; und die ihm geleistete Widerstand erbrachte im selben Verhältnis, als die materielle Widerstandsfähigkeit erhöhte. Es besteht hier eine große Gefahr für die deutsche Orientierung Österreichs, eine viel größere, als sie manche aus den Geistervereinigungen herauslesen wollen. Viel tiefer, rückhaltender wäre diese Folge der geistigen Verarmung Österreichs, als die üblichen Folgen der materiellen Not.

Gastwirte in Schlesien.

Breslau, 6. Nov. Zum Protest gegen eine Verordnung des Oberpräsidenten von Niederschlesien, die den Brandunteraufschank von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens unterstellt, haben sämtliche Wirtvereinigungen in Breslau und der Provinz Niederschlesien beschlossen, vom 15. d. M. ab alle Gastwirtschaften offen einschließlich der Kaffeehäuser und Hotelrestaurants zu schließen und das ganze Personal zu entlassen.

Goldmünzen in Russland.

Moskau, 6. Nov. Zum ersten Male nach langen Jahren werden, wie die Russische Telegraphen-Agentur mitteilte, in Russland wieder Goldmünzen geprägt werden. Durch ein Dekret des Rates der Volkskommissariate wurde dem Volkskommissariat für Finanzen vorgeordnet, goldene Rubenowen (10 Goldrubel) im Gewicht von einem Solotnik 7,21 Doli, ist gleich ungefähr 4,48 Gramm, an-

Der fünfte Jahrestag der russischen Revolution.

Moskau, 6. Nov. (Meld. d. Russ. Telegr.-Agentur.) Anlässlich des fünften Jahrestages der Oktober-Revolution wird eine allgemeine Amnestie verlangt, die je nach Art des bestraften Verbrechens in der Herobstung oder der Todesstrafe auf die Hälfte oder auf ein Drittel besteht. An Stelle der Todesstrafe tritt die nächstmildere Strafe. Die wegen des Kronstädter Aufstandes Verurteilten erhalten, mit Ausnahme des Führers des Aufstandes und der Offiziere, vollkommenen Strafrecht.

Werken, deren Text Adler durchgesehen, eingeleitet und mit knappen erschöpfenden Anmerkungen versehen hat. Die Briefe von Goethes Mutter, die Köster sorgsam sammelte und herausgab, schenken dem deutschen Volke erst das treue Bildnis seiner "Frau Mat"; der Auswahlband ihrer ewig jungen beweglichen Frau beisteuerte, wurde in seinem vielen Auslagen zu einem weitverbreiteten Volksbuch. Zu den großen Erzähler des 19. Jahrhunderts, deren Kunst Köster besonders liebt, leitete die Ausgabe des Briefwechsels zwischen Gotthold Keller und Theodor Storm über. Kellers Leben und Werke hat Köster in einem Buche anspruchlos und sicher, fast im Tone Kellers, dargestellt. Storms Erzählungen gab er, dessen jede Schwung der Stimme eines norddeutschen Landsmannes nachvollend aufnahm, in den schönen achtbüdigen Ausgabe des Inselverlages die endgültige würdige Form; er bestreite die von Storm sorglos der Willkür des Verleger und Seeger überlassenen Bilder des Husumer Dichters von vielen entstellenden Übermalungen und verhalf ihren Farben zu reinem und kräftigerem Leuchten. Seiner Wissenschaft gab Köster das erste und blöder unsichtbare Blätter einer von neuen Bedingungen abhängigen kritischen Ausgabe eines Dichters des 19. Jahrhunderts, und wir hoffen noch auf eine abschließende Würdigung und Darstellung Storms aus seiner Feder. Wie aus den im Druck erschienenen festlichen Reden zu Ehren Schillers oder Herders oder Goethes, so überzeugt man aus allen Schriften Köster immer den Abolismus und den Klang des sorgsam abgewogenen gesprochenen Wortes heraus.

Die Fülle der literarhistorischen Arbeit Albert Kösters aber reicht — nur dem Fachgenossen erkenntbar — in seinem zahlreichen Vortragswissen wissenschaftlicher Werke. Scharf ist er oft ins Geug gegangen, aber immer ist es eine fruchtbare Kritik, die dem Fernenden neue Wege zeigt. Und das ist auch das Entscheidende für die Beurteilung seiner Tätigkeit für die Universität und für die jungen Germanisten, die sich seiner Führung anvertraut haben. Köster ist wirklich ein Lehrer, was man durchaus nicht von jedem Gelehrten an unseren Universitäten sagen kann. Wie die ergänzende Wirkung seiner überredenden Vortragswissen die seiner Schüler überragt, so liegt auch seine Bedeutung als Hochschullehrer weniger in seinen Seminarvorträgen, wenn er auch dort mit seiner gesamten Erfahrung für manches Gefühl mittlerer zu geschulten Sprechern mit ein. Viele Vorträge sind bestimmt durch seine vorbereitenden Worte, mit einer einzigen besonderen Betonung seiner Darstellung vorbereitet und in-

